

P R O T O K O L L  
der 352. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 28. Mai 2013
Zeit	19.30 - 21.25 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bärtschi Markus
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Fitze Wehrle Barbara, Friedli Rolf, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Gubler Matthias, Hässig Vinzens Kornelia, Humm Martin, Jordi Kevin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kneubühler Peter, Lüthi Adrian, Manz Matthias, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Reimers Markus, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Treier Hannes, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Kästli Marc, Näf-Piera Virtudes
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Schmid Beat, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Brügger Yong, Grubwinkler Christa, Häusermann Martin, Mallepell Elisabeth, Pulver-Schober Beatrice
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 13

## Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. März 2013	59
2	Kommission Abstimmungen und Wahlen; Wahl eines Mitglieds	59
3	Jahresrechnung 2012 der Gemeinde Muri bei Bern	59
4	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2013	66
5	Verwaltungsbericht 2012 der Gemeinde Muri bei Bern	66
6	Legislaturziele 2009 - 2012; Schlussbilanz per Ende 2012	67
7	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2012; Abrechnung	68
8	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2013	68
9	Neubau Doppelkindergarten Melchenbühl; Objektkredit	70
10	Motion Hässig (SP) betr. Energiestadt-Label	73
11	Motion Graham (forum) betr. transparentere Information öffentlicher Ausschreibungen	75
12	Informationen des Gemeinderats	75
13	Neue parlamentarische Vorstösse	77
13A	Fraktionsübergreifende Dringliche Motion: Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern-Wankdorf – Muri	81

Der Vorsitzende eröffnet die 352. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal. Im Weiteren sei im Hinblick auf Traktandum 3 Finanzverwalter Beat Schmid anwesend, den er hiermit ebenfalls persönlich begrüsse.

Der Vorsitzende orientiert, es sei eine Motion "Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6 Bern-Wankdorf – Muri" eingereicht worden, die den Ratsmitgliedern per E-Mail zugestellt worden sei und die zudem beim Eingang aufliege für diejenigen, die den Text nicht ausgedruckt und mitgebracht hätten. Für diese Motion werde Dringlicherklärung beantragt. Entsprechend werde sich der Rat am Schluss des Traktandums 13 zuerst mit der Frage der Dringlichkeit und anschliessend gegebenenfalls mit der Behandlung des Vorstosses befassen.

### **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

## 1 **Protokoll der Sitzung vom 19. März 2013**

### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

## 2 **Kommission Abstimmungen und Wahlen; Wahl eines Mitglieds**

Der Vorsitzende führt aus, für den vakanten Sitz schlage die FDP. Die Liberalen Pascal Kauth, Füllerichstrasse 42, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

### Beschluss

Pascal Kauth wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Kommission für Abstimmungen und Wahlen gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten herzlich zur Wahl.

## 3 **Jahresrechnung 2012 der Gemeinde Muri bei Bern**

Jsabelle Gossweiler führt als Sprecherin der GPK aus, die GPK habe die Jahresrechnung 2012 zur Kenntnis genommen. Die Rechnung schliesse mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2,85 Mio. ab. Dies entspreche einer Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag um CHF 1,87 Mio. Wie habe es zu diesem Aufwandüberschuss kommen können? Der Nettoertrag aus den Steuern liege mit CHF 1,4 Mio. unter dem budgetierten Wert. Der Rückgang habe sich vor allem durch Mindereinnahmen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen bemerkbar gemacht. Bei den Vermögenssteuern, die CHF 1 Mio. unter dem Voranschlag liegen würden, habe Art. 66 des Bernischen Steuergesetzes – die Vermögenssteuerbremse – seine Wirkung voll entfaltet. Zudem habe auch die Erbschaftssteuerinitiative das Ihre dazu beigetragen. Die GPK habe zudem festgestellt, dass aufgrund des neuen KESG – des neu eingeführten Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes – ein zusätzlicher Aufwand in Form einer Rückstellung für das Jahr 2013 von über CHF 1/2 Mio. zu verzeichnen gewesen sei sowie die höheren Abgaben an Schulgeldkosten unserer Gemeinde an Gymnasien von CHF 232'000.00 ebenfalls zu Buche geschlagen hätten. Demgegenüber habe allerdings durch einen Minderaufwand beim Personal- und Sachaufwand sowie bei den Abschreibungen der Gesamtaufwand vermindert werden können. Die GPK erkenne, dass die Budgetierung von künftigen Steuereinnahmen nicht nur, aber auch von den nicht immer zu erwartenden Entscheidungen des Grossen Rates abhängig sei. Gewisse dieser Entscheidungen würden sich finanziell direkt auf den Kanton und auch auf unsere Gemeinde auswirken. Die GPK empfehle für die kommenden Jahre, gerade bei den Steuereinnahmen, von einer konservativen Einschätzung auszugehen, was die zu erwartenden Erträge angehe. Auch wenn unser Eigenkapital noch immer über den empfohlenen 3 Steuerzehnteln liege, seien die Finanzprognosen für die Zukunft nicht wirklich rosig. Aus dem Finanzplan 2012-2017 lasse sich leicht erkennen, dass das Eigenkapital der Gemeinde schneller abnehme, als uns lieb sei. Die GPK erwarte, dass im Finanzbereich weiterhin alle möglichen Massnahmen ergriffen würden, um zu verhindern, dass das Eigenkapital noch weiter zurückgehe. Die GPK empfehle dem Rat einstimmig, die Rechnung 2012 anzunehmen bzw. die Nachkredite zu bewilligen.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, was sich im November abgezeichnet und nach der Bekanntgabe der Rechnungsabschlüsse von Kanton Bern, Stadt Bern und anderen Agglomerationsgemeinden weiter fortgesetzt habe, sei auch in Muri eingetreten: Wir würden massiv schlechter als budgetiert abschliessen. Der Rat habe der ausführlichen Begründung der Jahresrechnung entnehmen können, wo welche Abweichungen vorhanden seien. Er werde sich an dieser Stelle darauf beschränken, die Position mit der grössten Abweichung – nämlich die Steuereinnahmen – näher zu erläutern, da sie als Folgerung für das künftige Budget gebraucht werde. Wie Jsabelle Gossweiler schon gesagt habe, habe die Steuergesetzrevision, die letztes Jahr in Kraft getreten sei, zur Folge gehabt, dass die Gemeinde Muri den Steuerfuss auf 1.07 angehoben habe. In 7 von 8 durchgerechneten Fällen – Alleinstehende, nicht Alleinstehende, mit und ohne Kinder – hätte ein Bruttolohn von über CHF 1 Mio. erzielt werden müssen, damit man mehr Steuern als im Vorjahr mit einem Steuerfuss von 0.99 hätte bezahlen müssen. Eine Folgerung also: Trotz der Anhebung des Steuerfusses auf 1.07 seien weniger Steuereinnahmen zu verzeichnen gewesen. Die Vermögensbremse nach Art. 66 sei von Jsabelle Gossweiler erwähnt werden. Man habe zudem gestützt auf erhältliches Zahlenmaterial probiert, die Auswirkungen der SP-Erbschaftssteuerinitiative hochzurechnen. Er könne sagen, dass in der Gemeinde Muri ein neunstelliger Millionenbetrag verschenkt worden sei. Die genaue Höhe könne er nicht beziffern, man versuche noch herauszufinden, wie viel davon auf Liegenschaften entfalle. Bei den Liegenschaften werde im Rahmen der Steuerteilungen ein Teil wieder in unserer Gemeinde versteuert werden, allerdings im Jahr später. Es gebe aber massivste Schenkungen von Wertschriften-Portefeuilles an nicht in der Gemeinde wohnhafte Nachkommen und dieser Steuerertrag fehle nun. Bei den juristischen Personen seien zwar die Budgetzahlen erreicht worden. Er erinnere aber daran, dass diesbezüglich die Budgetierung schwierig sei, da die Steuern sehr abhängig seien vom Unternehmenserfolg von wenigen grossen Firmen, die je nach ihren Entwicklungen andere Resultate ausweisen würden. Es habe viele Banken und andere Institutionen gegeben, die keine Dividenden ausgeschüttet, sondern eine steuerertragsfreie Kapitalnennwertreduktion vorgenommen hätten, was sich ebenfalls auswirke. Er müsse der Bevölkerung zudem "ein Kränzlein winden", sie würde sehr gut zu den Liegenschaften schauen; "fast so gut wie die Gemeinde" oder eben etwas besser, da sie es von den Steuern abziehen könne. Er kenne Fälle, wo gut betuchte Leute eine Prämienreduktion der Krankenkasse erhalten würden, weil sie durch den Liegenschaftsunterhalt mit dem steuerbaren Einkommen so weit hinunter gekommen seien, dass der Rechtsanspruch entstanden sei. Summa summarum: Dies bereite uns Probleme; man werde darauf antworten im Rahmen des Budgetprozesses, in dem man sich befinde.

Ein Grossteil der Anwesenden habe am 14. Mai 2013 das Finanzseminar von Herrn Berger besucht. Er sei froh gewesen, dass Herr Berger zwei, drei Eckwerte zur Finanzpolitik des Gemeinderats, die seit 2009 auch durch den Rat mitgetragen werde, erwähnt habe:

- Eigenkapital, das nicht unter drei Steuerzehntel sinken sollte
- Verschuldung der Gemeinde sollte nicht über CHF 50 Mio. steigen
- flexible Handhabung der Steueranlage; keine Steuern auf Vorrat.

Dies seien einmal die Ziele gewesen. Und wie beurteile Herr Berger die Finanzlage für die Zukunft? Er sage, unsere Finanzlage sei bisher solide gewesen, die Kennzahlen seien bis 2009 im innerkantonalen und interkantonalen Vergleich gut gewesen, jetzt hätten sie sich jedoch verschlechtert. Die Verschuldung liege mit CHF 65 Mio. Fremdkapital bzw. CHF 30 Mio. Schulden im Verhältnis zu CHF 45 Mio. Finanzvermögen bzw. CHF 10 Mio. flüssigen Mitteln im Rahmen. Er dürfe daran erinnern, dass die Versicherungswerte all unserer Liegenschaften bei über CHF 200 Mio. liegen würden. Die Verschuldung bereite also keine Bauchschmerzen.

Die Handlungsspielräume – das, was interessiere – seien über die Finanzplanperiode fast durchgängig negativ. Ein Aha-Erlebnis habe man insofern gehabt, als die Beiträge an den Finanz- und Lastenausgleich einzig ein wenig beeinflussbar seien mit den Klassengrössen im Schulwesen und mit den öV-Haltestellenpunkten beim Lastenverteiler öffentlicher Verkehr. Alles andere sei "Gott gegeben" bzw. "Kanton gegeben".

Bezüglich Fingerzeig, man sollte die Ersatzinvestitionen nicht vernachlässigen: Denjenigen, die gehofft hätten, dass mit dem künftigen Rechnungsmodell HRM2 die Bilanzwerte – namentlich der Liegenschaften – angepasst werden könnten, müsse er sagen: "Vergessen wir es". 8 Jahre lang würden noch die bisherigen Zahlen gelten.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende hält zu Handen des Protokolls fest, dass der Bestätigungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans vom 25. April 2013 zur Rechnung vorliege und mit dem Antrag auf Genehmigung schliesse.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung in folgender Reihenfolge: Botschaft, Rechnung 2012, Investitionen 2012 (Vergleich mit Plan) und Nachkredittabelle.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Beat Marti führt namens der forum-Fraktion aus, wir würden hier vor einem ernüchternden Jahresabschluss 2012 stehen. Wir müssten uns die Frage stellen, weshalb es mit der Rechnung 2012 so dramatisch aussehe. Ob es daran liege, dass beim Voranschlag die Einnahmen viel zu optimistisch kalkuliert worden seien? Oder auch daran, dass – wie in der Vergangenheit gelebt – der "heilige Steuerfuss" dazu geführt habe, sehr optimistisch zu veranschlagen, damit die Erhöhung der Steuern nicht zum drängenden Thema werde? Sei es, wie es wolle, die Jahresrechnung 2012 zeige ein düsteres Bild. Beim Betrachten einiger Details falle auf, dass z.B. die geplanten Investitionen nur zu knapp 45 % getätigt worden seien. Fahre man so weiter, bilde sich ein Investitionsstau, der in den nächsten Jahren unsere Gemeindefinanzen noch viel stärker belasten werde. Wohin dies in Zukunft führen solle? Ob wir unseren nächsten Generationen ein solches "Geschenk" hinterlassen wollten? Dies wäre nach Meinung der forum-Fraktion verantwortungslos und sie werde deshalb heute zu diesem Thema eine Motion einreichen. Wenn in den nächsten Jahren in unserer Gemeinde nicht ein Umdenken stattfinde und sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben wieder in ein richtiges Gleichgewicht gebracht würden, sei die Gemeinde Muri innert kürzester Zeit vor einem finanziellen Desaster. Die forum-Fraktion erwarte vom Gemeinderat ein Budget 2014 mit weniger optimistischen Voraussagen, was die Steuererträge betreffe. Wenn nötig, sei die Anhebung des Steuerfusses nicht zu umgehen. Sicherlich seien innerhalb der Gemeindeverwaltung einige Positionen zu finden, wo Einsparungen von Ausgaben möglich wären. Als erste kleine Beispiele seien all die Farbkopien zu nennen, die die Ratsmitglieder stets zugestellt erhalten würden – schwarz-weiss wäre auch möglich –oder die per A-Post versandten Briefe, die nicht immer so wahnsinnig pressieren würden. Denn auch "Kleinvieh mache Mist". Sicher finde der Gemeinderat innerhalb der Gemeinde noch anderweitige Sparmöglichkeiten mit mehr Sparpotenzial. Packen wir es an! Die vorgelegte Rechnung werde von der forum-Fraktion ohne Begeisterung genehmigt, in der Hoffnung, dass der Rat in den nächsten Jahren nie wieder ein solch unerfreuliches Bild vorgesetzt bekomme.

Christian Spycher erklärt, die SVP-Fraktion unterstütze – für die Anwesenden vermutlich erwartungsgemäss – die Anträge des Gemeinderats betreffend Genehmigung von Nachkrediten und Jahresrechnung. Wie üblich habe der Rat von der Verwaltung eine übersichtliche, klar gegliederte und dennoch detaillierte Rechnungsablage erhalten. Dafür gebühre Beat Schmid und seiner Crew ein grosses Dankeschön. Die Gemeinde habe am 14. März zum Finanzseminar begrüsst und Herr Berger habe eindrücklich mit Fakten durch die Rechnung 2012 geführt. Aus dieser externen Sicht könne man das Wort "Vorsicht" zu unserem Eigenkapital hervorheben. Die Verschuldung liege mit CHF 65 Mio. Fremdkapital bzw. CHF 30 Mio. Schulden im Verhältnis zu CHF 45 Mio. Finanzvermögen bzw. CHF 10 Mio. flüssigen Mitteln noch im Rahmen. Aber auch die SVP lasse sich nicht zu voreiligem und übermässigem Pessimismus verleiten. Mit der Rechnung nehme der Rat einfach zur Kenntnis, was vorgefallen sei und was nicht mehr geändert werden könne. Die Rechnung zeige drastisch auf, dass etwas, was alle Gemeindebürger angehe und höchst kundenrelevant sei, nämlich die "Öffentliche Sicherheit", 2,55 % des Umsatzes ausmache. Hingegen mache die "Soziale Wohlfahrt", die nur einen kleinen Teil der Kundschaft betreffe, 32,3 % aus. Der Handlungsspielraum in der Finanzperiode sei fast durchgängig negativ. Somit müssten wir das heisse Eisen, z.B. die Klassengrössen im Schulwesen oder das öV-Angebot beim Lastenverteiler, diskutieren. Dies seien wesentliche "Beeinflusser", um die Verschuldung zu stoppen. Die SVP empfehle die Annahme der Anträge des Gemeinderats.

Matthias Manz führt namens der SP-Fraktion aus, die Finanzpolitik sei ja in der Regel Schlachtfeld für ideologische Auseinandersetzungen. Die Linke warne davor, den Staat – die Gemeinde – "totzusparen", die Rechte warne davor, an den Steuern zu rütteln, da sonst die Leute davonlaufen würden. Bis jetzt sei es eher so, dass die meisten Leute nach Muri zuziehen möchten, einige wenige würden wegziehen. Er möchte sich beim Gemeinderat und bei der Gemeinverwaltung bedanken für die ausführliche Erläuterung der Jahresrechnung. Vergangenheitsbetrachtung sei eigentlich eine relativ öde Geschichte, wenn man nur zurückblicke und schaue, was gewesen sei. Eigentlich sei es aber interessant, wenn man sich über die Informationen für die Zukunft Gedanken mache. Er kenne aus Weiterbildungen den Führungskreislauf, wo man Lehren aus den Berichten ziehen könne, was die Zukunft anbelange. Er möchte zu vier Punkten etwas sagen:

Sehr aufschlussreich sei die Tabelle auf Seite 9, wo die verschiedenen Entwicklungen in den letzten 5, 6 Jahren aufgelistet seien. Nehme man den Finanzausgleich – er könne sich erinnern, dass jedes Jahr ein grosses Gejammer darüber entstehe, wie Muri vom Finanzausgleich gebeutelt werde – und setze ihn in ein Verhältnis mit unseren Erträgen, so sei das Verhältnis immer in etwa bei einem Drittel. Auch im letzten Jahr liege es um die 32 %, was wir von unserem Steuerertrag abzugeben hätten. Von daher sei keine grosse Beunruhigung zu erkennen. Aber auch wenn man betrachte, wie sich der Sachaufwand und der Personalaufwand entwickelt hätten, stelle man fest, dass diese fast nicht zugenommen hätten. Es herrsche praktisch Stabilität, obwohl die Aufgaben der Gemeinde laufend ausgebaut worden seien, er denke an die Tagesschulen, die Schulsozialarbeit etc. Man könne eigentlich nur dazu gratulieren, wie gut Gemeinderat und Gemeindeverwaltung die Aufwände im Griff hätten, dies sei überhaupt nicht selbstverständlich. Das Problem liege – wie jedes Jahr – bei den Investitionen. Diesmal sei der Ausschöpfungsgrad effektiv katastrophal. Auf der einen Seite sei der Gemeinderat in Schutz zu nehmen, denn wenn es bei grossen Vorhaben wie beim Füllerich zu Verzögerungen komme, gelange man in hohe Minderaufwände. Dies sei verständlich und nachvollziehbar. Das Problem entstehe dann, wenn dies wiederholt eintreffe. Er habe letztes Jahr die gleiche Frage auch schon gestellt, weil man schon damals deutlich unter der normalen Ausschöpfung gelegen habe. Damals habe man gesagt, es handle sich um einen "Ausrutscher", dies werde sich bessern, die Bauverwaltung werde zusätzliches Personal

erhalten. Er frage sich, ob man nicht dort ansetzen sollte, dass eben die Bauverwaltung zu wenig stark personell dotiert sei, um all die Investitionen auch zu realisieren. Es gehe nicht darum, dass man einem Unternehmer einen Check in die Hand drücke, sondern es gehe um riesige Vorbereitungsarbeiten der Verwaltung. Er habe das Gefühl, dass eine zu schwache Dotation vorliege, um das notwendige Investitionsvolumen auch ausstossen zu können. Ein zweiter Punkt zu den Investitionen: Letztes Jahr habe der Gemeindepräsident klar gesagt, die Minderinvestitionen lägen überhaupt nicht im Sinn eines Sparauftrags oder einer Sparmassnahme. Davor müsse wirklich gewarnt werden. Wenn man jetzt, wo es finanziell eng werde, anfange, das Volumen tief zu halten, laufe Muri wirklich in ein grösseres Problem hinein. So wie man sage, jede Million Schulden sei nichts anderes als höhere Steuern für die nächste Generation, so sei dies mit den Investitionen, die gemacht werden müssten und nicht getätigt würden, genau gleich. Was jetzt nicht in den Unterhalt und den Ausbau investiert werde, würden die nächsten Generationen mit höheren Steuern bezahlen müssen. Auf diese Art dürfe man nicht anfangen, die finanziellen Probleme zu lösen.

Ein weiterer Punkt betreffe den Ertrag. Auf was der Gemeindepräsident nicht richtig eingegangen sei, seien die Einkommenssteuern. Dort würden CHF 2 Mio. in der Kasse fehlen. Der Steuermangel sei nicht einfach auf den Kanton Bern o.ä. zurückzuführen, sondern man sei bei der Steuererhöhung zu wenig weit gegangen. Der seinerzeitige Antrag der SP, der gemäss damaliger Planung CHF 1,6 Mio. mehr eingebracht hätte, sei als pessimistisch abgetan worden, sei aber in etwa das, was jetzt in der Kasse fehle. Es gehe ihm nicht darum zu meinen, dass die SP einfach Recht habe, wenn sie etwas prognostiziere. Wenn man den Haushalt betrachte, der doch eng budgetiert werde, so sehe man das Bild eines unterfinanzierten sparsamen Haushaltes. Deshalb wolle er den Gemeinderat bitten, bei der bevorstehenden Budgetierung einerseits die Sparsamkeit weiter zu verfolgen und nicht anzufangen, die Schleusen zu öffnen. Er werde aber andererseits nicht darum herumkommen, eine zusätzliche Finanzierung durch eine höhere Steueranlage vertieft zu prüfen. Am Schluss habe niemand etwas davon, wenn die Investitionen nicht getätigt werden könnten und die Dienstleistungen der Gemeinde zurückgefahren werden müssten. Daraus würde sich eine Standort-Ungunst ergeben. Wenn man einen Vergleich anstelle zwischen der Gemeinde Muri mit einer Steueranlage von 1.07 und den Wettbewerbern in der Region Bern, so stelle man fest, dass Muri immer noch sehr gut unterwegs sei. Nicht nur bei den Einkommenssteuern, sondern ein besonderer "Taucher" in der Region seien die Liegenschaftssteuern, wo Muri weitaus tiefer liege, als vergleichbare Agglomerationsgemeinden.

Er wolle noch eine Schlussbemerkung anbringen: Er habe eingangs gesagt, dass die Finanzpolitik normalerweise ein Schlachtfeld für Ideologien sei. Es zähle aber zu den angenehmen Überraschungen in diesem Parlament, dass dies hier weniger gepflegt worden sei, sondern dass man versucht habe, Argumente auszutauschen und nicht mit ideologischen Waffen zu fechten. Er hoffe, dass dies auch weiterhin so sein werde. Die SP-Fraktion stimme den Anträgen des Gemeinderats zu.

Beat Schmitter erklärt namens der FDP/jf-Fraktion: "Die Letzten beißen die Hunde!" Er habe nun die nette Aufgabe, schon gehörte Sachen wenn möglich umzuformulieren, damit er die Anwesenden nicht allzu fest langweile. Die Fraktion habe das Ergebnis der Rechnung zur Kenntnis genommen und sei – wie vermutlich alle im Saal – wenig begeistert von den präsentierten Zahlen. Die Einbrüche auf der Einnahmenseite hätten – wie in fast allen Agglomerationsgemeinden – die Rechnung arg durcheinander gebracht. Zudem sei zu befürchten, dass dieser Einbruch zumindest teilweise ein nicht einmaliges Ereignis sei, sondern sich wiederholen könne und werde. Das einzig Erfreuliche an den präsentierten Zahlen sei, dass die Gemeinde auf der Ausgabenseite sorgfältig gearbeitet habe und sparsam mit den vorhandenen Mitteln

umgegangen sei. Natürlich gebe es immer und überall noch Sparmöglichkeiten, die man sicher noch anschauen müsse. Betrachte man aber die fehlende Summe und was allenfalls eingespart werden könnte, würden die Sparmöglichkeiten wohl eher in einem kleinen Bereich liegen. Etwas Sorgen habe der Fraktion die zwar erklärbar aber niedrigen Realisierungsgrade bei den Investitionen und beim Unterhalt gemacht, wie schon die Vorredner ausgeführt hätten. Dies werde als einigermaßen problematisch angesehen. Die Verabschiedung einer Rechnung sei immer ein Akt der Geschichtsschreibung, man könne nicht mehr viel ändern. Man könne allenfalls kleine Retuschen vornehmen, indem man beim Konto XY etwas kritisieren und sage, man möge das noch ändern; aber am Resultat könne nichts geändert werden und der Rat werde "die Kröte schlucken" müssen. Dies sei im Moment nicht allzu fürchterlich, da per 1. Januar dieses Jahres unsere Finanzen noch einigermaßen in einem Zustand seien, von dem man sagen könne: "Im Moment geht es". Hingegen erscheine es wichtig, dass sich vor allem im Hinblick auf die Beratung des Budgets 2014 in diesem Herbst jetzt schon alle darüber Gedanken machen würden, wie man vorgehen wolle. Wenn man so weitermache, sei das Eigenkapital in wenigen Jahren aufgebraucht. Diejenigen, die am Finanzseminar der Gemeinde von vorletzter Woche teilgenommen hätten, wüssten, dass die Indikatoren der Finanzplanung für die nächsten Jahre fast alle negativ seien und dass der entsprechende Handlungsspielraum für die Gemeinde extrem klein sei. Die Fraktion beantrage – ohne Begeisterung, aber es gehe nicht anders – den Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

#### **Zur Botschaft**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### **Kapitelweise Detailberatung der Rechnung**

##### Allgemeine Verwaltung, S. 11-13

Keine Bemerkungen

##### Öffentliche Sicherheit, S. 14-16

Keine Bemerkungen

##### Bildung, S. 17-19

Keine Bemerkungen

##### Kultur und Freizeit, S. 20-22

Keine Bemerkungen

##### Gesundheit, S. 23

Keine Bemerkungen

##### Soziale Wohlfahrt, S. 24-28

Matthias Manz (SP) führt bezüglich Konto 530 "Ergänzungsleistungen AHV und IV" (Seite 24) aus, die Beiträge der Gemeinde an die EL würden ständig zunehmen. Wie dies zu interpretieren sei? Ob es sich um zunehmende Armut handle, die es in Muri auch gebe, oder ob andere Einflussfaktoren vorliegen würden? Wenn dies so wäre, müsste diesem Punkt auch einmal Beachtung geschenkt werden.

Beat Schmid, Finanzverwalter, erklärt, die IV sei etwas auf Bundesebene und es handle sich um Kosten von insgesamt x-Hundert Millionen Franken, die anfallen würden. Diese würden dann anteilmässig auf die Kantone verteilt und im Kanton Bern sei es so, dass der Kanton die Hälfte an diese Kosten bezahle und die Gesamtheit der Gemeinden die anderen 50 %, wobei die Anteile via Lastenverteilung auf die einzelnen Gemeinden verteilt würden. Die Gesamtkosten seien angestiegen und

würden wesentlich über dem Voranschlag liegen. Mit Muri selber habe dies aber nichts zu tun und stelle kein Zeichen von Armut in der Gemeinde dar.

Verkehr, S. 29 + 30  
Keine Bemerkungen

Umwelt und Raumordnung, S. 31 + 32  
Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 33  
Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 34-36  
Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 37-42  
Keine Bemerkungen

Bestandesrechnung, S. 43-48  
Keine Bemerkungen

Finanzkennzahlen, S. 49 + 50  
Keine Bemerkungen

Feuerwehr nach Produktgruppen, S. 51  
Keine Bemerkungen

Eventualverpflichtungen, S. 52  
Keine Bemerkungen

Tabelle Investitionen 2012 (Vergleich mit Plan)  
Keine Bemerkungen

Nachkreditabelle 2012  
Keine Bemerkungen

Sowohl Jsabelle Gossweiler als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Von den Nachkrediten in der Gesamthöhe von CHF 2'685'830.00 wird Kenntnis genommen.
2. Der Nachkredit für die Bildung einer Rückstellung für die Wirkungen des KESG von CHF 434'000.00 wird genehmigt.
3. Der Nachkredit für übrige Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 45'040.00 wird genehmigt.
4. Die Jahresrechnung 2012, die mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2'846'596.94 abschliesst, wird genehmigt.

#### 4 **Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2013**

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Mit der Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2013 wird die ROD Treuhand beauftragt.

#### 5 **Verwaltungsbericht 2012 der Gemeinde Muri bei Bern**

Isabelle Gossweiler führt aus, im Namen der GPK und aller Parteien des Parlaments verdanke sie den Verwaltungsbericht 2012. Ganz speziell den Verfassern des umfassenden Berichts gebühre Dank. Wie jedes Jahr gebe der Bericht detailliert Auskunft über die geleistete Arbeit der Verwaltung. Der Bericht diene allen Interessierten als umfassendes Arbeitsinstrument und Nachschlagewerk. Er diene auch zur ständigen Hinterfragung und Überprüfung der Effizienz der geleisteten Arbeit der Verwaltung. Obwohl die finanziellen Aussichten unserer Gemeinde nicht wirklich be- rauschend seien und Einsparungen auf allen Ebenen angedacht werden sollten, möchte die GPK nicht auf den jährlichen Verwaltungsbericht verzichten. Dies wäre ganz klar eine Einsparung am falschen Ort. Man freue sich schon auf eine weiterhin gegenseitig bereichernde und gute Zusammenarbeit. Die GPK schlage dem Parla- ment einstimmig vor, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, weitere Wortmeldungen allgemeiner Natur, anschliessend kapitelweise Beratung.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen all- gemeiner Natur verlangt.

#### **Kapitelweise Beratung**

Einwohnergemeinde, Seiten 6-8

Keine Bemerkungen

Grosser Gemeinderat, Seiten 9-21

Keine Bemerkungen

Gemeinderat, Seiten 22-27

Keine Bemerkungen

Präsidiales, Finanzen, Planung, Region, Seiten 28-34

Keine Bemerkungen

Bau, Seiten 35-38

Keine Bemerkungen

Sicherheit, Verkehr, Seiten 39-45

Keine Bemerkungen

Bildung, Seiten 46-50

Keine Bemerkungen

Jugend, Kultur, Sport, Seiten 51-58

Keine Bemerkungen

Gesundheit, Soziales, Seiten 59-69

Keine Bemerkungen

Umweltschutz, Seiten 70-76

Keine Bemerkungen

Sowohl Jsabelle Gossweiler als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2012 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.
2. Die Vorstösse gemäss Kapitel 28.0 (Motionen) und 28.1 (Postulate) werden als erfüllt abgeschrieben.

## 6 **Legislaturziele 2009 - 2012; Schlussbilanz per Ende 2012**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, nachdem der Rat vor rund 4 Jahren die neuen Legislaturziele und vor 2 Jahren eine Zwischenbilanz habe zur Kenntnis nehmen können, sei es nun die logische Konsequenz, dass mit Abschluss der Legislatur eine "review" gemacht werde, was erfüllt sei, was in Bearbeitung bleibe, was definitiv vom Tisch sei – zumindest vorläufig – und was Daueraufträge seien. Diese würden nun punktuell durchgegangen und je nach Interessenslage gewichtet. Dies vor allem mit dem Hinweis, dass nächste Woche der Gemeindeprofilograf gestartet werde. Gebe man diesen Ausdruck im Korrekturmodus im Text ein, erscheine stets "Gemeindepolitograf", es heisse aber wirklich Gemeindeprofilograf. Dies mache der Gemeinderat nicht "in house", er nehme das höhere Kader dazu und habe alle Fraktions- und Parteipräsidien eingeladen, mitzumachen. Gestützt auf das Ergebnis des Gemeindeprofilografen und der daraus hervorgehenden SWOT-Analyse könnten die Legislaturziele 2013-2016 erstellt werden. Ob diese gleich aussehen oder in einer anderen Form daherkommen würden, sei offen; man lasse sich durch den Gemeindeprofilografen "berieseln".

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, abschliessend weitere Wortmeldungen aus dem Rat.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Marcel Kämpf führt namens der forum-Fraktion aus, er bedanke sich für den geleisteten Aufwand und die transparente Zusammenstellung der Legislaturziele mit der Auswertung. Es sei offensichtlich, dass das Dokument als Führungsinstrument angewandt werde. Das forum sei ebenfalls gespannt darauf, welche Erkenntnisse die An-

wendung dieses Gemeindeprofilografen mit sich bringe und ob dieser auch einen Einfluss auf die Vielzahl der Legislaturziele habe. Die Fraktion habe eigentlich eine Empfehlung für die aktuelle Legislaturperiode: "Weniger wäre mehr"; etwas weniger Ziele, dafür wirkliche Ziele und nicht nur Aufgabenumschreibungen.

Lisa Müller (SP) erklärt, auch ihr als Neuling sei aufgefallen, dass es eine riesenlange Legislaturliste sei. Sie möchte sich ihrem Vorredner anschliessen im Sinn von nicht nur "weniger ist mehr", sondern sie wolle auch an Saint-Exupéry erinnern, der sage: "Wecke die Sehnsucht nach dem grossen weiten Meer". Die Fraktion, aber auch sie als Organisationsberaterin, hätten grosse Hoffnung auf einen neuen Prozess, und zwar, dass nicht nur ein Profil entstehe, sondern dass wirkliche Ziele entstehen würden, die der Parlamentsarbeit eine klare Richtung geben könnten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Der Rat nimmt von der Schlussbilanz per Ende 2012 der Legislaturziele 2009 - 2012 Kenntnis.

## **7 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2012; Abrechnung**

Der Vorsitzende orientiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahr 2012 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 500'000.00 mit CHF 499'007.20 ab (Kreditunterschreitung von CHF 992.80).

## **8 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2013**

Beat Wegmüller erklärt, die GPK beantrage einstimmig, den Rahmenkredit von CHF 600'000.00 zu bewilligen und die Einzelvorhaben durch den Gemeinderat beschliessen zu lassen. Der Rahmenkredit betrage in diesem Jahr neu CHF 600'000.00, also CHF 100'000.00 mehr, als in den Vorjahren. Seit dem Jahr 2004 habe der Rahmenkredit CHF 500'000.00 betragen. Im Investitionsplan 2013-2017 seien jährlich CHF 600'000.00 enthalten. Die GPK sei der Auffassung, dass diese Erhöhung um CHF 100'000.00 gerechtfertigt, ja sogar notwendig sei. Eigentlich sei dieser Betrag nicht ausreichend für den jährlichen Unterhalt der Gemeindestrassen. Nach dem angewendeten Road-Management würden jährlich rund CHF 200'000.00 zu wenig reinvestiert. Über den Strassenunterhalt würden die Meinungen oft auseinandergehen. Die einen seien der Ansicht, es werde zu viel investiert und es würden Luxuslösungen angestrebt, die andern seien der Ansicht, die Strassen seien

in einem schlechten Zustand. Der Rahmenkredit sei nicht nur für die Autostrassen, sondern auch für Velowege und Fussgängerwege bestimmt.

Ein Punkt sei in der GPK noch aufgeworfen worden. Ähnlich wie bei anderen Projekten wäre ein Rahmenkredit auch über mehrere Jahre – z.B. 4 Jahre – denkbar. Dies gäbe für die Verwaltung und den Gemeinderat mehr Handlungsspielraum und das Parlament müsste sich nicht jedes Jahr mit der Kreditabrechnung und dem Rahmenkredit befassen. Das Vorgehen würde auch eher einem echten Rahmenkredit entsprechen. Die GPK bitte das Parlament, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, er danke Beat Wegmüller, habe er doch alles gesagt, was er selber auch hätte sagen wollen; gut, hätten sie sich vorgängig abgesprochen. Er habe noch zwei Bemerkungen:

1. Bezüglich der wie erwähnt vorhandenen Bugwelle sei es nötig, dass im Moment mehr Geld als die CHF 1/2 Mio. der letzten Jahre zur Verfügung gestellt werde. Man könnte nun einwenden, es sei gar nicht möglich, in der verbleibenden Restzeit des laufenden Jahres noch so viel Geld zu verbauen, wir hätten ja schon Ende Mai; es würden noch 7 Monate verbleiben und während zweien davon könne man nicht bauen. Er könne aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass die in der Botschaft aufgeführten Projekte grundsätzlich so weit bereit seien, dass sie ausgelöst werden könnten. Es seien keine Vorverträge unterschrieben worden und es seien auch keine Mittel geflossen, aber die Projekte seien so weit vorbereitet, dass mit der Ausführung begonnen werden könnte.
2. Es würden immer wieder Überraschungen auftreten, bei welchen es der Rahmenkredit erlaube, die nötigen Mittel bereitzustellen. Beispielsweise könne irgendwo etwas passieren; die Gemeindebetriebe seien am "Lochen", müssten Reparaturen oder gar grössere Investitionen, die daraus entstehen könnten, vornehmen und was den Oberflächenteil betreffe, so sei es eben Sache der Gemeinde, dafür besorgt zu sein, dass dies in Ordnung komme. Dies sei manchmal nicht voraussehbar und könne kostenmässig nicht berücksichtigt werden.

Er beantrage dem Rat, dem Rahmenkredit über CHF 600'000.00 zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Hannes Treier führt aus, die FDP/jf-Fraktion stimme dem Antrag in der formulierten Form zu. Sie erachte den Betrag von CHF 600'000.00 als angebracht um sicherzustellen, dass unsere Strassen im richtigen Mass unterhalten werden könnten. Das Instrument des Rahmenkredits werde als gut erachtet, um flexibel auf unterschiedliche Bedürfnisse und teilweise spontane Gegebenheiten reagieren zu können. Er erlaube sich eine persönliche Anmerkung: Den Vorschlag der GPK, den Rahmenkredit über 4 Jahre zu machen, finde er zumindest prüfenswert. Dies sei nicht in der Fraktion besprochen worden, er habe dies persönlich ergänzt.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Beat Wegmüller als auch Christian Staub verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2013 wird ein Rahmenkredit von CHF 600'000.00 bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

## 9 **Neubau Doppelkindergarten Melchenbühl; Objektkredit**

Jürg Stettler führt aus, die GPK habe anlässlich ihrer letzten Sitzung das Kindergartenprojekt intensiv angeschaut, danke für die Unterlagen und die von Barbara Künzi gemachten Ausführungen dazu. Es handle sich um ein teures Projekt, aber die GPK könne dahinter stehen. Es sei ausgewogen, kindergerecht und werde auch den anderen Vorschriften, die eingehalten werden müssten, gerecht. Die GPK empfehle dem Rat deshalb, den gemeinderätlichen Anträgen zu folgen.

Barbara Künzi erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, sie müsse vorab ein Datum im Beschluss korrigieren: Der Kostenvoranschlag habe das Datum vom 10. April 2013. Dies werde so korrigiert und zur Abstimmung vorgelegt. Bei den beiden anderen Daten handle es sich um diejenigen, an welchen Bauprojekt und Kostenvoranschlag im Gemeinderat behandelt worden seien. Zur Sache: Der Rat habe die bittere Pille der Rechnung geschluckt und jetzt komme sie mit einem erfreulichen Geschäft, das sie hier präsentieren könne: Das Projekt Doppelkindergarten Melchenbühl, das hier im Saal seinen Anfang genommen habe. Das Parlament habe im Rahmen der Schulraumplanung gefordert, so rasch als möglich eine Lösung zu finden, um den Kindergarten Brügglweg zu ersetzen. Der Gemeinderat habe anlässlich einer Klausur im März letzten Jahres das Schulhaus Melchenbühl angeschaut und sei zum Schluss gekommen, dass nebst der Tagesschule innerhalb der Räumlichkeiten nicht genügend Platz für zwei weitere Kindergärten vorhanden sei. Er habe sich dann für eine Pavillonlösung für zwei Kindergartenklassen entschieden, und zwar eine einfache Lösung im/beim Hartplatz der Schulanlage Melchenbühl. Anschliessend sei eine Planersubmission durchgeführt worden. Das günstigste, aber auch das überzeugendste Projekt aufgrund der architektonischen Lösung sei dasjenige der Firma Hausammann Architekten AG gewesen.

Ja, das Projekt koste viel, nämlich CHF 1,84 Mio. und ja, spreche man doch ein wenig über die Kosten. Es sei noch nicht so lange her, dass sie Geschäfte im Rat vertreten habe für Sanierungen, Renovierungen (Füllerich, Werkhof). Vorliegend handle es sich nun erstmals um einen Neubau, nicht nur um eine Renovierung und Sanierung. Es sei aber nicht so, dass die ad hoc-Baukommission den ersten Wurf des Kostenvoranschlages einfach so "geschluckt" hätte. Es sei ein Hin und Her gewesen, man habe sich zusammenraufen und Kürzungen vornehmen müssen. Man habe prüfen müssen, wo man sich ein wenig einschränken und sagen müsste: "nice to have, aber einfach zu teuer". Gekürzt habe man in einem Umfang von rund CHF 200'000.00 an folgenden Orten:

- Luft-, Wasser-, Wärmepumpe statt Erdsonde
- Kein vorbewittertes Holz. In der Nähe des Areals befinde sich das Kirchgemeindehaus mit einem Anbau aus ebenfalls nicht vorbewittertem Holz. Damit passe es in den Rahmen; zuerst modern (Beton) und hinten und vorne dann ein Gebäude mit nicht vorbewittertem Holz.
- Im Aussenbereich: Obst- statt "normale" Bäume, keine Rampe im oberen Teil, Mergelbelag auf Zuweg, dank Einschränkungen von Lisa Nyffeler minimale Spielplatzausgestaltung (Rutsche, 2 Sandkästen, Schaukel). Aus dem alten Kindergarten Brügglweg werde man zudem ein Gartenhaus mitnehmen; die anderen Sachen würden nicht mehr den heutigen Unfallverhütungsvorschriften entsprechen.
- Im Innenbereich: Ebenfalls dank Lisa Nyffeler habe man einige Möbel reduzieren können. Sodann habe man 1 WC und damit auch 1 Trennwand weniger, die Innenwände seien nicht mit Gipsanstrich, sondern aus Holz. Man habe weniger und günstigere Beleuchtungskörper.

Aufgrund der Einschränkungen im Aussenbereich sei es auch zu einer Honorarreduktion gekommen.

Es handle sich um ein Minergie P-Gebäude, und zwar um das erste auf unserer Liste. Sie sei recht stolz, dass dies trotz der finanziellen Einschränkungen zustande gekommen sei. Günstiger sei das Projekt nicht machbar. Das Hinstellen einer alten Baubaracke – wie dies auch schon geäußert worden sei – sei sicher nicht im Geiste des Erfinders, sprich Parlament, sprich Energieleitbild der Gemeinde. Bei diesem Preis frage sich der Rat sicher auch, was mit dem Brügglweg passiere. Dieser werde desinvestiert, befinde sich allerdings in einer ZöN und für deren Aufhebung bedürfe es einer Volksabstimmung. Im Rahmen von gemeinderätlichen Klausuren sei man daran zu prüfen, was mit der Ortsplanung gemacht werden könne. Es werde sicher nicht nur eine ZöN zur Volksabstimmung gebracht, sondern vermutlich ein kleines "Päckli" von dem, was man im Rahmen der Vorschriften, die nun noch durch das Raumplanungsgesetz ausgelöst worden seien, überhaupt bringen könne. Es werde also sicher im Moment kein Ertrag fließen. Aber selbst wenn ein solcher fließen würde, könnte er nicht verrechnet werden mit den Kosten des Neubaus.

Sie wäre froh, wenn der Rat dem Antrag zustimmen würde, damit man mit dem Bauen beginnen könne. Die Bauzeit betrage rund 5 Monate und im Frühling 2014 sollten die Kinder in den Kindergarten einziehen können.

Eintreten wird nicht bestritten.

Ruth Raaflaub erklärt, die FDP/jf-Fraktion danke dem Gemeinderat für den ausführlichen Beschrieb, vor allem auch bei den Begründungen zur Entscheidungsfindung, und auch für das, was Barbara Künzi soeben detailliert ausgeführt habe. Es sei erfreulich, dass bei diversen Wünschen der Kostenfaktor ausschlaggebend gewesen sei, darauf zu verzichten. So werde der Allwetterplatz vorerst nicht saniert, ebenso werde auf eine Erweiterung des Raumangebots für eine zusätzliche Klasse verzichtet. Bei der Wärmetechnik habe man die kostengünstigere, aber nicht schlechtere Variante priorisiert. Der geplante Standort sei vor allem deshalb optimal, weil ein Grossteil des Rasenspielfeldes erhalten bleibe. Jeder Kindergarten erhalte einen separaten Aussenspielbereich, auch dies sei ein positiver Punkt. Die Kostenabweichung von plus CHF 95'000.00 zu den ursprünglichen Schätzzahlen würde im Toleranzbereich liegen und habe in der Fraktion bei einer Einsparung von CHF 200'000.00 gegenüber dem Kostenvoranschlag zu keinen Diskussionen Anlass gegeben. Die Fraktion sei überzeugt, dass im Frühling 2014 zwei für alle Benützer optimale Kindergärten in Betrieb genommen werden könnten und danke den Verantwortlichen für die bisher geleistete Arbeit.

Marcel Kämpf führt aus, auch die forum-Fraktion bedanke sich beim Gemeinderat für die ausführlichen Unterlagen zu diesem Geschäft. Das forum habe sich im November 2011 im Rahmen der Schulraumplanung im Parlament sehr stark gemacht für diesen Standort und für die rasche Lösung des Problems mit dem Kindergarten Brügglweg. Das forum danke für das rasche Handeln, so dass vielleicht bereits im nächsten Frühling die Kinder dort den Kindergarten besuchen könnten. Es begrüsse ebenfalls – wie die FDP –, dass im Minergie P-Standard gebaut werde und dass ein Energiekonzept auf der Basis einer Luft-, Wasser-, Wärmepumpe zur Anwendung gelange. Beides sei mit moderaten Kosten realisierbar. Man bedanke sich auch für den sicherlich riesigen Aufwand der ad hoc-Kommission und den Einbezug diverser Leute unserer Gemeinde. Was das forum nicht verstanden habe sei, dass die Schulkommission am Schluss die Unterlagen nicht mehr erhalten habe; die Schulkommission vielleicht schon, aber die Mitglieder nicht. Nach einem Abwägen von Pro und Kontra habe sich die forum-Fraktion entschieden, den Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen.

Beat Schneider erklärt, auch die SP-Fraktion stimme dem Vorhaben zu und er sei froh, dass die Kindergartenproblematik im Melchenbühl entschärft werde. Beim genauen Hinschauen auf das Projekt sei der SP Folgendes aufgefallen: Im Energieleitbild der Gemeinde stehe, dass Minergie als Standard gesetzt sei. Es sei nun bestätigt worden, dass es ein Minergie P-Projekt – das erste auf der Minergieliste – geben werde. Dies finde er gut. In der Projektbeschreibung zum Thema Wärme / Technik werde empfohlen, die Erdsonden nicht zu machen. Lese man aber die Fortsetzung, stehe bei der Begründung, dass die Erdsonden eine 25 % bessere Energieeffizienz und einen geringeren Stromverbrauch aufweisen würden und die Heizleistung in den kalten Jahreszeiten konstanter wäre. Aus diesem Grund stelle die SP den Antrag, den Kredit um CHF 13'500.00 zu erhöhen, um die Erdsondenlösung zu realisieren. Im Weiteren habe sich die SP gefragt, ob der ECO-Standard ein Thema gewesen sei. Schliesslich gehe es um Kinder, die dort den halben Tag verbringen würden. Der ECO-Standard – für diejenigen, die dies nicht wüssten – nehme nebst der Energieeffizienz auch Gesundheitsaspekte und baubiologische Aspekte auf. Deshalb die Frage an den Gemeinderat, ob dies bei der Evaluation ein Thema gewesen sei. Zusammengefasst finde die SP dies ein gutes Projekt und werde ihm zustimmen. Sie stelle aber wie erwähnt den Antrag, den Kredit um CHF 13'500.00 zu erhöhen, was weniger als 1 % der budgetierten Kosten ausmache.

Der Vorsitzende stellt fest, dass ein Antrag der SP-Fraktion um Erhöhung des Objektkredits um CHF 13'500.00 zwecks Realisierung der Erdsondenlösung vorliege.

Barbara Künzi führt aus, die Frage der ECO-Variante sei geprüft und durch die ad hoc-Baukommission verworfen worden. Zum Antrag bezüglich Erdsonden: Es sei unbestritten, dass die SP diesen Antrag stellen könne. Sie wolle einfach darauf aufmerksam machen, dass die CHF 13'500.00 für eine Bohrung berechnet seien. Wenn es zwei Bohrungen brauche, komme es teurer zu stehen.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt bezüglich Erdsonden, sie hätten zwei Bohrungen im Füllerichquartier vorgesehen und schlussendlich drei machen müssen. Dies wäre im vorliegenden Fall eventuell auch möglich, wenn man beispielsweise nicht so tief wie vorgesehen bohren könne. Dann würde es sofort wieder anders aussehen und die CHF 13'500.00 wären nicht ausreichend.

Andrea Corti (FDP) führt aus, wenn man die Betriebskosten bei der Erdsondenlösung betrachte, so seien diese um CHF 300.00 tiefer. Wenn man die Differenz bei den Investitionskosten anschau, müsste die Erdsonde etwa während 30 Jahren betrieben werden. Nach 30 Jahren müsse die Heizung höchstwahrscheinlich ohnehin wieder ersetzt werden. Es würde also gar nicht viel bringen, wenn man die Erdsonden-Variante wähle, die nur augenscheinlich billiger sei.

Rolf Friedli (SVP) führt aus, er möchte noch etwas zur Evaluation Erdsonden / Luft-, Wasser-, Wärmepumpe sagen. Es handle sich um ein modernes Gebäude im Minergie P-Standard und habe etwa die Wärmeleistung eines Backofens zusammen mit einem Kochherd auf 342 m<sup>2</sup> Fläche. Wenn man nun CHF 13'500.00 in einen Backofen investiere, der diese Energie abgebe, so sei dies relativ viel Geld. Bei den CHF 300.00, die man einsparen könnte, handle es sich nicht um eine effektive Ersparnis, da 50 % der Heizleistung durch die Kinder und die im Gebäude vorhandene elektrische Energie erzeugt würden. Der Spareffekt mache also nur ca. die Hälfte der hier aufgeführten elektrischen Energie aus. Die internen Lasten würden in derartigen Energieberechnungen gar nicht aufgeführt. Kinder, die sich bewegen würden, gäben rund ca. 50 Watt pro Kind ab. Man habe 23 Kinder in diesem Kindergarten und damit würden also ca. 2 Kilowatt intern selber erzeugt; dieses Geld könne somit eingespart werden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion

*Der Objektkredit sei um CHF 13'500.00 zu erhöhen zwecks Realisierung der Erdsondenlösung.*

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats

Beschluss (einstimmig)

1. Das Bauprojekt und der Kostenvoranschlag vom 10. April 2013 betr. Doppelkindergarten werden genehmigt.
2. Für die Erstellung des Doppelkindergartens Melchenbühl wird ein Objektkredit von CHF 1'845'000.00 (inkl. MWST) bewilligt.

**10 Motion Hässig (SP) betr. Energiestadt-Label**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie betrachte den vorliegenden Vorstoss als Willensbekundung besonders hartnäckiger Parlamentarierinnen und Parlamentarier, im Energiebereich auch in unserer Gemeinde endlich vorwärts zu machen. In diesem Sinne bedanke sie sich bei den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Motion herzlich. Zwar beantrage der Gemeinderat dem Rat aus den schriftlich dargelegten Gründen, die sie an dieser Stelle nicht wiederholen wolle, die Überweisung der Motion als Postulat. Sie möchte aber betonen, dass unsere Gemeinde durch die Unterzeichnung der BEakom-Leistungsvereinbarung, mit dem dazugehörigen Massnahmenkatalog und durch das Energieleitbild im Jahr 2010 bereits sehr wichtige Instrumente im Energiebereich verabschiedet und damit "in der Sache" bewiesen habe, dass sie im Energiebereich vorwärts machen wolle. Aktuell sei man am Aufbau der Energiebuchhaltung und des Solarkatasters und arbeite mit Hochdruck am Energierichtplan, der im Spätsommer in die öffentliche Mitwirkung gelangen werde. Auch das Mobilitätsmanagement stehe dieses Jahr an. Der Rat sehe also: Dem Gemeinderat sei es Ernst und es gehe – natürlich im Rahmen der verfügbaren personellen Ressourcen – sehr viel. Dies sei auch richtig so. An der Energieeffizienz und an der Nutzung von erneuerbaren Energien werde zukünftig kein Weg mehr vorbeiführen. Dies seien wir nicht zuletzt auch unseren nachfolgenden Generationen schuldig. Wir würden auch auf ihre Kosten heute dermassen gut leben. Wenn es also – unter vielem anderen – zum Beispiel darum gehe, neu zu bauen oder Liegenschaften aus dem Verwaltungs- oder Finanzvermögen zu sanieren, dürften wir im Energiebereich ganz einfach nicht mehr "schmürzeln". Auch unsere Gemeinde sei in der Lage, in Sachen Energieeffizienz und erneuerbare Energien eine Vorbildrolle zu übernehmen, nicht nur Köniz. Dies müssten wir uns wert sein. Das Parlament werde – hoffentlich möglichst bald – Gelegenheit haben, über das Label Energiestadt eine Diskussion zu führen. Bis zu diesem Zeitpunkt aber würden wir uns wiederholt zur Vorbildrolle unserer Gemeinde in diesem Bereich bekennen müssen, wie vorher soeben zu sehen gewesen sei. Die Vorreiterrolle hätten wir klar verpasst. Dies mache aber nichts, auch die Vorbildrolle sei an sich eine gute Rolle. Wie unterdessen alle wüssten, würden jene Gemeinden, die sich Energieeffizienz und vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien auf die Fahne geschrieben hätten, gleichzeitig auch zur wirtschaftlichen Innovationskraft von Kanton und Land beitragen. Der Cleantech-Bereich sei für die Schweiz, gerade in der

heutigen Wirtschaftslage, DIE Chance und die Gemeinden könnten aktuell wesentlich dazu beitragen, dass diese Chance auch gepackt werde. In diesem Sinn und Geist beantrage der Gemeinderat zum heutigen Zeitpunkt die Überweisung der Motion als Postulat.

Kornelia Hässig (SP) erklärt, sie danke dem Gemeinderat für seine Ausführungen. Sie habe diese Antwort in etwa erwartet. Und der Gemeinderat wisse nun wahrscheinlich auch in etwa was ihre Meinung sei. Sie sei klar der Meinung und stehe auch konsequent dafür ein, dass die Gemeinde endlich ein Bekenntnis für das Energiestadt-Label ablege. Dies wäre sehr wohl der richtige Moment und sie habe die Erwartung, dass die Verwaltung endlich einmal ein klares Signal erhalte, dass in naher Zukunft vom Gemeinderat das Energiestadt-Label angestrebt werde. Die Verwaltung wäre schon lange bereit. Diejenigen, die den Moment nie gut finden würden, möchten nämlich meistens, dass gar nichts gemacht werde. Obwohl der Gemeinderat kommuniziere, dass er grundsätzlich nichts gegen das Label habe, habe sie den Eindruck erhalten, dass diese Antwort so interpretiert werden müsse, dass der Gemeinderat eigentlich das Label gar nicht anstreben möchte. Trotzdem entnehme sie der Antwort sehr viele positive Punkte und sie möchte diese quasi festnageln, so dass man diese immer wieder in Erinnerung rufen und sich darauf verlassen könne, dass der Gemeinderat auch vorwärts mache und sich nicht plötzlich der Wind drehe. Wichtig seien ihr folgende Punkte:

Aufgrund der Ausführungen – für welche sie sich bedanke – komme sie zum Schluss, dass auch der Gemeinderat in seiner neuen Zusammensetzung zum BEakom stehe und dieses weiterführen wolle. Es erscheine ihr als ein sehr klares Bekenntnis und stimme sie sehr optimistisch. Wichtig sei auch, dass der Gemeinderat auch einmal erwähne, dass unsere Liegenschaften in einem schlechten energetischen Zustand seien. Er schreibe sogar "noch" in einem schlechten Zustand, dies habe sie besonders gefreut, impliziere dies doch, dass man versuchen werde, die Sanierungen aufzugleisen. In einem ersten Fall habe man dies ja bereits bewiesen, indem man den Kindergarten Melchenbühl im Minergie-Standard baue. Sie sei eigentlich sehr zufrieden damit, dass dies nun so konsolidiert sei. Auch die Energiebuchhaltung werde ja dieses Jahr noch vorliegen. Dies habe etwas lange gedauert, sei aber nicht die Schuld des Gemeinderats, dies könne sie bestätigen. Sie hoffe, dass das Parlament darüber informiert werde, welche Schlüsse gezogen würden. Ein weiterer Punkt sei sehr wichtig, nämlich dass man jetzt GEAKs machen und gestützt darauf eine Sanierungsstrategie erarbeiten werde, welche fortlaufend umgesetzt werde. Sie sei sehr beruhigt, dass es nun endlich eine solche Strategie gebe und sie hoffe natürlich – dies sei sehr wichtig und werde erwartet –, dass das Parlament darüber informiert werde. Zu guter Letzt werde in der Antwort auch noch einmal das ambitionöse Ziel festgehalten, das im Energieleitbild und auch im BEakom-Massnahmenkatalog enthalten sei, nämlich die Halbierung der fossilen Energie bis 2025 und die Reduzierung des Energieverbrauchs um 10 %. Sehr ambitionös, aber es sei erwähnt worden und man gehe davon aus, dass auch der neue Gemeinderat dazu stehe und gemerkt habe, dass es eine proaktive Sanierungsstrategie brauche, um das Ziel zu erreichen. Alles in allem sei sie trotzdem zufrieden mit der vorliegenden Antwort; sie stimme optimistisch. Man werde weiterhin am Ball bleiben, damit die Bekenntnisse nicht Lippenbekenntnisse bleiben würden. Papier sei ja oftmals geduldig, die SP aber nicht. Das Bekenntnis des neu zusammengesetzten Gemeinderats sei ihr wichtig und wertvoll und sie freue sich sehr. Muri tue sich zwar immer noch schwer mit dem Energiestadt-Label, aber nach dem Motto "steter Tropfen höhlt den Stein" bleibe man am Thema dran. Dies stelle sicher, dass es vorwärts gehe und irgendwann könnten sicher alle sagen "Ende gut, alles gut". In diesem Sinn stimme sie der Umwandlung in ein Postulat und der Überweisung zu.

Zum Schluss wolle sie zu Händen des Protokolls noch auf einen Schreibfehler aufmerksam machen: Im Text heisse es: "Der Gemeinderat wird beauftragt, alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten um im 2014 das Label Energiestadt beantragen zu können, insbesondere *in* der Verwaltung ...". Dort müsste es heissen "...**ist** der Verwaltung der ..... **Auftrag**...".

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlosswort wird von Daniela Pedinelli nicht verlangt.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat Hässig (SP) betr. Energiestadt-Label wird überwiesen.

## 11 **Motion Graham (forum) betr. transparentere Information öffentlicher Ausschreibungen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Barbara Künzi verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Marina Graham (forum) führt aus, sie danke dem Gemeinderat für seine Antwort, welche jedoch nicht ganz befriedigend sei. Als sie den Vorstoss eingereicht habe, habe sie vergebens nach solchen Informationen auf der Homepage gesucht. Sie habe anscheinend Pech gehabt. Es sei jedoch erfreulich zu wissen, dass solche Ausschreibungen für grössere Aufträge auf der Homepage publiziert würden. Die Publikation sei jedoch nicht unbedingt benutzerfreundlich. Solche Infos sollten für den Benutzer sofort ersichtlich sein, auch wenn keine Ausschreibungen vorhanden seien. Es würde genügen, eine kurze Info – z.B. "zur Zeit gibt es keine öffentlichen Ausschreibungen" – gleich auf der ersten Menüseite, analog der Homepage der Gemeinde Worb, zu publizieren. Die Gestaltung der Homepage der Gemeinde sei diesbezüglich sehr unübersichtlich und gar nicht transparent. Dies sei dringend zu verbessern.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Barbara Künzi nicht verlangt.

Beschluss (grossmehrheitlich )

Die Motion Graham (forum) betr. transparentere Information öffentlicher Ausschreibungen wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

## 12 **Informationen des Gemeinderats**

Bau einer neuen Sporthalle Moos in Gümligen

Patricia Gubler informiert, die Stiftung Jugendförderung Berner Handball beabsichtige angrenzend an die Moos-Halle die privatwirtschaftliche Erstellung einer neuen Sporthalle auf dem Areal der Schulanlage Moos. Für die Realisierung des Vorhabens müsse die Gemeinde der Bauherrin ein Baurecht auf der heute mit Schrebergärten genutzten Parzelle einräumen. Der Gemeinderat habe die Idee geprüft und ein grundsätzlich positives Interesse bekundet. Der Gemeinderat werde dem GGR im August einen Antrag vorlegen, das benötigte Bauland im Baurecht an die Bauherrschaft abzutreten, so dass ein Baugesuch eingereicht werden könne. Genauere Infos und Details würden also im August folgen.

Christian Staub erklärt, er habe sechs Informationen:

Autobahnanschluss A6 Muri / Aussteckung eines Ausführungsprojekts

Das Bundesamt für Strassen ASTRA habe am 17. Mai 2013 dem Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation das Plangenehmigungsgesuch für das Projekt "Umgestaltung Anschluss Muri" eingereicht. Er betone, dass er vom Anschluss Muri und nicht von einer Untertunnelung spreche. Vor der öffentlichen Planauflage würden ab dem 27. Mai die Veränderungen, die das geplante Werk im Gelände betreffen würden, sichtbar gemacht. Dies geschehe durch die Aussteckung. Pflöcke und Profile seien während der Auflagefrist stehen zu lassen.

Begegnungszone Bahnhof Gümligen Nord

Mit der SBB habe eine Finanzierungslösung für die Sanierungskosten der maroden Bahnhofstrasse gefunden werden können. Die SBB würden zuhanden aller Vertragsparteien einen Vertrag entwerfen, welcher den aktuellen Verhältnissen Rechnung trage und den Vorvertrag ablösen werde. Das Bauprojekt der SBB werde ergänzt mit einer Zweiradparkierung und müsse neu durch das Regierungsstatthalteramt geprüft werden. Der Grund sei eine Gastgewerbebewilligung, da am Kiosk Waren verkauft würden. Weitere Informationen zu diesem Projekt würden folgen, sobald eine Einigung zwischen der SBB und der Gemeinde erzielt worden sei.

Sicherheits- und Ordnungsdienst 2013

Mit der Securitas AG sei, wie in den vergangenen Jahren, ein Leistungsvertrag für den Sicherheits- und Ordnungsdienst während den Monaten Mai (ab dem 20. Mai) bis Ende September abgeschlossen worden. Die Einsätze würden zwischen Montag und Donnerstag mit einer Patrouille zwischen ca. 22.00 und 02.00 Uhr und von Freitag bis Sonntag mit zwei Einsätzen stattfinden. Die Doppelpatrouille werde an vorbestimmten Plätzen, Strassenabschnitten, Anlagen und neuralgischen Punkten Kontrollen durchführen.

Kantonspolizei

Gemäss Polizeigesetz habe die Gemeinde Muri von der Kantonspolizei 50 unentgeltliche Interventionsstunden zu gut. Diese Anzahl sei Ende März erreicht worden. Gemäss abgeschlossenem Leistungsvertrag kaufe die Gemeinde weitere Stunden bei der Kapo ein. Im Jahr 2012 habe die Gemeinde dafür rund CHF 120'000.00 aufgewendet, im Budget 2013 sei ein ebensolcher Betrag eingestellt. Die Stunden würden verrechnet, soweit eine Leistung erbracht worden sei. Im Moment würden wir bei rund 100 Interventionsstunden stehen, d.h. nach Abzug der 50 unentgeltlichen würden uns im Moment 50 Stunden à rund CHF 100.00 verrechnet. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Anzahl Interventionen im jetzigen Zeitpunkt um rund 30 Stunden geringer. Man könne nur hoffen, dass dies auch bis Ende Jahr so bleiben werde. Bezüglich Straftaten in der Gemeinde Muri könne er auf Grund einer Statistik der Kapo folgende Aussagen machen: Im Jahr 2012 hätten 877 Personen Straftaten gemäss Strafgesetzbuch, 44 gemäss Betäubungsmittelgesetz und 39 gemäss Ausländergesetz, total also 960, begangen. Im Vergleich zu den Vorjahren habe sich die Zahl stetig erhöht. So seien es im Jahr 2008 insgesamt 823 Personen gewesen, im Jahr 2009 797, im Jahr 2010 728 und im Jahr 2011 742. Bezüglich der Unfallzahlen sei die Anzahl in etwa gleich geblieben wie in den Vorjahren, nämlich bei rund 30 Ereignissen. Einzig im Jahr 2008 seien 45 Unfälle zu verzeichnen gewesen. Jeweils bei rund der Hälfte der Unfälle habe es entweder Unfallverletzte oder Unfälle mit Personenschaden gegeben. Seit 2008 habe es keine Unfalltoten zu beklagen gegeben.

Pensionierung Urs von Arx

Der Geschäftsleiter der Gemeindebetriebe, Urs von Arx, gehe Ende Mai in Pension. Er sei während 30 Jahren für die Gemeinde resp. für die Gemeindebetriebe im Ein-

satz gestanden. Im Namen des Gemeinderats, der Verwaltung und des Verwaltungsrats der Gemeindebetriebe danke er Urs von Arx für seinen grossen Einsatz während all der Jahre ganz herzlich, wünsche ihm einen "flotten" Einstieg in den Ruhestand, gute Gesundheit und Wohlergehen. Sein Nachfolger sei André Schneider, der bereits seit dem 1. Mai 2013 die Funktion als Geschäftsleiter der gbm übernommen habe. Er werde anlässlich der nächsten GGR-Sitzung präsent sein.

#### Mittelländisches Schwingfest 2013 in Gümligen

Als OK-Präsident dieses Grossanlasses sei es ihm wichtig, an dieser Stelle der Gemeinde, dem Werkhof und ganz speziell der Bevölkerung zu danken für ihre Unterstützung, ihr Verständnis und ihre Teilnahme. Auch wenn dem Fest der Wettergott nicht gerade gut gesinnt gewesen sei, dürfe man auf ein erfolgreiches Stelldichein der Schwingerszene in unserer Gemeinde zurückblicken. Ein ganz grosses Merci gehe an sein OK und an die rund 350 freiwilligen Helferinnen und Helfer, die im Einsatz gestanden seien. Sein Fazit 2 Tage nach dem Fest: Der Aufwand sei gross gewesen, habe sich aber gelohnt. Erfreut dürfe er zudem feststellen, dass Muri keine Schlaggemeinde sei.

### 13 **Neue parlamentarische Vorstösse**

#### **Fraktionsübergreifende Dringliche Motion: Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern-Wankdorf – Muri**

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- sich für die Realisierung der Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf – Muri einzusetzen. Dabei reicht es nicht aus, sich in der Vernehmlassung entsprechend zu äussern, denn die abschliessende Verteilung der Bundesmittel erfolgt durch das nationale Parlament,
- sich zusammen mit dem Gemeinderat von Bern sowie der Regionalkonferenz Bern-Mittelland bei nationalen Parlamentariern und anderen Kantonsregierungen für die Engpassbeseitigung aktiv einzusetzen,
- den Verein Hauptstadregion Schweiz für ein Mit-Lobbying bei nationalen Parlamentariern sowie anderen Kantonsregierungen zu mobilisieren.

#### **Begründung**

Mit der Engpassbeseitigung zwischen Ostring und Saali (Bypass Ost) sowie dem Seidenbergtunnel könnte das Siedlungsgebiet Bern-Wankdorf– Gümligen – Muri massiv aufgewertet werden. Nicht zuletzt würde durch die damit verbundene Reduktion von Lärm- und Schadstoffemission auch die Lebensqualität der Menschen in den betroffenen Quartieren spürbar gesteigert.

Am 10. April 2013 eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum "Bundesbeschluss über das zweite Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel" (vgl.

[www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html](http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html)). Dabei wurde bekannt, dass die Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf – Muri neuerdings erst in dritter und nicht wie ursprünglich vorgesehen in zweiter Priorität realisiert werden soll. Dadurch würde sich die Realisierung der Engpassbeseitigung nochmals um etliche Jahre verzögern; zudem wäre deren Finanzierung gegenwärtig nicht sichergestellt. Bis am 7. August 2013 können sich nun sämtliche betroffenen und interessierten Kreise zu den Vorschlägen des Bundesrats äussern; anschliessend findet voraussichtlich im Frühling 2014 die parlamentarische Beratung in den eidgenössischen Räten statt.

Wir sind der Auffassung, dass die Engpassbeseitigung möglichst rasch realisiert und deren Finanzierung sichergestellt werden muss. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) legte den Fokus seiner Beurteilung primär auf die potentielle Verkehrsüberlastung. Vernachlässigt wurden dabei Aspekte wie Lärmschutz und bauliche

Entwicklung. Gerade in Anbetracht der zunehmenden Zersiedelung der Schweiz und angesichts der jüngst vom Souverän genehmigten Revision des Raumplanungsgesetzes sollten brachliegende oder von Verkehrswegen befreite Flächen in den Agglomerationen zwecks Wohnungsbau genutzt und bestehende Siedlungs- und Wohngebiete vor Lärmimmissionen bestmöglich geschützt werden können.

**Begründung der Dringlichkeit**

Um die Debatte der eidgenössischen Räte beeinflussen zu können, muss möglichst rasch mit der Überzeugungsarbeit gestartet werden. Das Bundesparlament wird den vorgenannten Bundesbeschluss voraussichtlich bereits im Frühling 2014 behandeln.

Bern, 27. Mai 2013

Hannes Treier

A. Corti, R. Sigrist, K. Jordi, D. Bärtschi, P. Kneubühler, M. Humm, A. Damke, J. Gossweiler-Ebnetter, W. Thut, M. Manz, F. Burkhard, Ch Spycher, M. Kämpf, M. Kästli, B. Schmitter, R. Raaflaub-Minnig, M. Reimers, A. Bärtschi, M. Graham, J. Aebersold, D. Arn, M. Gubler, F. Schwander, A. Lüthi, R. Friedli, B. Marti, B. Fitze Wehrle, B. Schneider, V. Näf-Piera, B. Wegmüller, M. Bärtschi, L. Müller Frei (33)

**s. Traktandum 13A nachfolgend**

**Motion Häusermann (forum) betreffend Realisierungsgrad der budgetierten Investitionen**

Der Gemeinderat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zu treffen um den Realisierungsgrad der budgetierten Investitionsvorhaben auf 85% zu erhöhen (Mittelwert über eine 5 Jahresperiode).

**Begründung**

Der Realisierungsgrad der Investitionen (bereinigt, gem. Ziff. 6 des Verwaltungsberichts zum Rechnungsabschluss) war in den letzten Jahren zum Teil deutlich unter den angestrebten 85%:

2008	2009	2010	2011	2012
83%	71%	83%	74%	44%

Das Investitionsvolumen wird jährlich in einem politischen Prozess festgelegt. Das finanzkompetente Organ soll die Gewissheit haben, dass das geplante Investitionsvolumen unter Berücksichtigung des angestrebten Realisierungsgrades auch wirklich realisiert wird. Investitionen dienen häufig zum Werterhalt der Infrastrukturanlagen, können diese nicht getätigt werden, so wird durch die fortschreitende Alterung ein Investitionsstau provoziert. Es liegt in der Natur von Investitionsprojekten, dass sich diese verzögern können. Dies bedingt eine gewisse Flexibilität bei der Umsetzung der Investitionsplanung. Vermutlich wäre es angezeigt, planungsfertige Projekte aus dem Folgejahr in Warteposition zu halten. So können die jährlichen bereitgestellten Mittel auch wirklich beansprucht werden.

Hinweis:

Die Infrastrukturanlagen im Gemeindevermögen (ohne gbm) beanspruchen zur Wert-erhaltung etwa folgende Mittel

	<i>Versicherungswert / Wiederbeschaffungswert</i>	<i>Abschreibungssatz / Wertverlust</i>	<i>Investitionsbedarf (jährlich)</i>
<i>Immobilien</i>	<i>ca. 180 Mio. CHF</i>	<i>2.5%....4%</i>	<i>4.5 .... 7.2 Mio. CHF</i>

<i>Mobilien</i>	<i>ca. 27 Mio. CHF</i>	<i>4%</i>	<i>1.1 Mio. CHF</i>
<i>Strassen</i>	<i>ca. 93 Mio. CHF</i>	<i>1.6%</i>	<i>1.5 Mio. CHF</i>
<i>Total</i>	<i>ca. 200 Mio. CHF</i>		<i>7 ... 9.8 Mio. CHF</i>

Das effektive Investitionsvolumen wird jährlich in einem politischen Prozess festgelegt. Die Prozesse und Ressourcen müssen auf diese Grössen ausgerichtet sein. Leider ist die strategische Unterhaltsplanung der Infrastrukturanlagen (Bericht Rohrer) nicht zugänglich, es ist davon auszugehen, dass darin bereits mittelfristig ca. 50 Mio. CHF Investitionsbedarf ausgewiesen werden.

Muri bei Bern, 22.05.2013

Martin Häusermann

V. Näf-Piera, B. Wegmüller, J. Stettler, B. Schneider, W. Thut, K. Hässig Vinzens, B. Fitze Wehrle, M. Graham, K. Jordi, B. Marti, M. Kämpf, M. Manz (13)

### **Postulat Wegmüller (SP) betreffend Getränkekarton-Recycling**

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, dass in Muri-Gümligen an verschiedenen Standorten Getränkekarton-Recycling Sammelstellen eingerichtet werden.

#### **Begründung**

Getränkekartons (Verpackungen für Milch, Eistee, Fruchtsäfte, Wein, usw.) werden in der Schweiz im Rahmen eines Pilotversuches bereits seit einiger Zeit gesammelt und verwertet. Im Kanton Bern in den Gemeinden Grosshöchstetten, Jegenstorf, Thun, Münchenbuchsee und Kirchberg. Grosshöchstetten war 2011 beim Sammeln von Getränkekarton-Recycling eine Pioniergemeinde!

Getränkekarton-Recycling schont Klima und Ressourcen, weil durch die Wiederverwertung deutlich weniger CO<sub>2</sub> freigesetzt wird als beim Verbrennen in der Kehrichtverbrennungsanlage und die natürliche Ressource Holz geschont wird. Wenn die Getränkekartons nicht mehr im Kehrichtsack landen, sondern recycelt werden, fallen zudem für die Bewohnerinnen und Bewohner die Sackgebühren geringer aus. Die im Anhang beigefügte Information gibt ausführlich Auskunft über die Vorteile der Getränkekarton-Recycling.

Der Verein Getränkekarton-Recycling Schweiz hilft bei der Realisierung der Sammelinfrastruktur, Logistik und Kommunikation bis zur Verwertung des Sammelgutes.

Gümligen, 28. Mai 2013

Beat Wegmüller

Anhang: Information Getränkekarton-Recycling  
[www.getraenkekarton.ch](http://www.getraenkekarton.ch)

L. Müller Frei, B. Schneider, M. Graham, K. Hässig Vinzens, B. Fitze Wehrle, J. Stettler, K. Jordi, M. Kämpf, B. Marti, M. Manz, A. Lüthi, Ch. Spycher, V. Näf-Piera, J. Aebersold (15)

### **Interpellation SP-Fraktion betreffend strategische Unterhaltsplanung der Gemeindegenschaften**

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten fallen gemäss Bericht "Strategische Unterhaltsplanung" von Rohrer Engineering bis 2034 für die 6

- Schulanlagen plus das Gemeindehaus pro Jahr an? Die beiden Kostenarten bitte jeweils separat aufführen.
2. Welche Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten fallen für die übrigen Liegenschaften der Gemeinde bis 2034 pro Jahr an?
  3. Welche Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten stehen gemäss "Strategischer Unterhaltsplanung" pro Jahr in den Jahren 2013 – 2018 für die **einzelnen** Schulliegenschaften und das Gemeindehaus an? Welcher Anteil der im 2013 anfallenden Kosten ist im laufenden Budget resp. im Investitionsplan eingestellt und welcher Anteil der im 2014 anfallenden Kosten wird im Budget 2014 resp. Investitionsplan voraussichtlich eingeplant werden?
  4. Wie ist die Energieeffizienz (Wärmeverbrauch und Elektrizitätsverbrauch) der 6 Schulanlagen und des Gemeindehauses im Vergleich mit einem entsprechenden Benchmark?

Muri bei Bern, 20. Mai 2013

B. Fitze Wehrle

L. Müller Frei, B. Schneider, M. Manz, B. Wegmüller, K. Hässig Vinzens, V. Näf (7)

#### **Interpellation Kneubühler (FDP) betreffend künftige Investitionstätigkeit im Zeichen prekärer Gemeindefinanzen**

Der Botschaft des Gemeinderats zur Jahresrechnung 2012 der Gemeinde Muri bei Bern kann unter Ziffer 9 „Finanzkennzahlen“ (S. 17) entnommen werden, dass der Mittelwert (2008 – 2012) des Selbstfinanzierungsgrads bei knapp 47 Prozent liegt, was langfristig zu einer hohen Verschuldung führt, und dass der Mittelwert des Selbstfinanzierungsanteils schwache rund 3,5 Prozent beträgt. Diese beiden Mittelwerte sind insofern von Bedeutung, als sie verdeutlichen, dass der Spielraum für die Finanzierung von Investitionen gegenwärtig massiv eingeengt ist, wie sich dies denn auch in der schwachen Investitionstätigkeit (Mittelwert des Investitionsanteils von rund 8,4 Prozent) widerspiegelt.

Gleichzeitig ist hinlänglich bekannt, dass in der Gemeinde Muri bei Bern in den kommenden Jahren Investitionen (vor allem in gemeindeeigene Liegenschaften) in der Grössenordnung von vielen Millionen Franken anstehen. Diese Investitionen können – unter anderem auch zur Schonung der Gemeindefinanzen – zwar laufend hinausgezögert werden, zu einem bestimmten Zeitpunkt müssen gewisse Investitionen jedoch zwingend getätigt werden, um etwa die Funktionalität, die Leistungsfähigkeit, die Sicherheit, den Neu- bzw. Ausbau und grundsätzlich den Werterhalt von kommunalen Gebäuden und Anlagen zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gestützt auf welche Grundlagen plant der Gemeinderat seine Investitionstätigkeit? Sind dies die gleichen Grundlagen, auf welchen sein jeweils vom Gemeindeparlament (GGR) jährlich zusammen mit dem Voranschlag zu verabschiedender Investitionsplan basiert?
2. Welches sind die vom Gemeinderat in den kommenden sechs Jahren (bis 2019) geplanten Investitionsvorhaben (nach Grössen und Wichtigkeit geordnet)? Wie hoch ist deren bekanntes oder geschätztes Investitionsvolumen und in welche Bereiche mit jeweils welchem finanziellen Umfang teilt sich dieses Volumen auf?
3. Nach welchen Kriterien und Prinzipien wurden oder werden die in Ziffer 2 erfragten Investitionsvorhaben ausgewählt und allenfalls in eine bestimmte Reihenfolge gesetzt? Welchen Einfluss bzw. welche Auswirkungen auf diese

- Auswahl sowie auf die entsprechende Reihenfolge hat das vom Gemeinderat unterzeichnete Berner Energieabkommen (BEakom)?
4. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die in Ziffer 2 erfragten Investitionsvorhaben sowohl betreffend Kosten, die sie verursachen, als auch punkto Koordination und Ausführung – was das einzelne Vorhaben angeht, aber auch was die Vorhaben untereinander betrifft – möglichst effizient und effektiv abgewickelt werden? Gibt es dazu ein übersichtliches sowie einfach handhab- und umsetzbares Konzept?
  5. Wie geht der Gemeinderat mit dem heute bestehenden und voraussichtlich mittelfristig andauernden „Dilemma“ bzw. Zielkonflikt um, dass Investitionen aus den oben erwähnten Gründen zwar getätigt werden müssen, dies durch den tiefen Selbstfinanzierungsgrad sowie den schwachen Selbstfinanzierungsanteil allerdings markant erschwert wird?
  6. Was wären die konkreten Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen – insbesondere auf den Selbstfinanzierungsgrad und –anteil –, wenn der Gemeinderat ab sofort beim Investitionsanteil einen Wert von a) 10-20 Prozent, b) 20-30 Prozent oder c) über 30 Prozent festlegen würde?

Gümligen, 28. Mai 2013

P. Kneubühler

### **13 A Fraktionsübergreifende Dringliche Motion: Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern-Wankdorf – Muri**

Der Vorsitzende erklärt, die Motionäre hätten die Dringlicherklärung dieses Vorstosses verlangt. Da der Wortlaut jedem Ratsmitglied vorliege, sei auf die Verlesung durch den Vizepräsidenten verzichtet worden. Gemäss Art. 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats könne der Rat Motionen und Postulate nach Anhörung des Gemeinderats dringlich erklären und sofort behandeln. Das Vorgehen sei also zweistufig: Vorab gehe es um die Frage der Dringlicherklärung und dazu erteile er vorab den Motionären und anschliessend dem Gemeinderat das Wort. Anschliessend würden die Debatten und die Abstimmung über die Frage der Dringlicherklärung folgen. Wenn der Vorstoss für dringlich erklärt werde, werde er anschliessend behandelt. Andernfalls werde er wie die soeben verlesenen anderen neuen Vorstösse entgegengenommen und später behandelt.

Hannes Treier (FDP) führt zur Begründung der Dringlichkeit Folgendes aus: Zur Erinnerung: In einem längeren Prozess sei eine Lösung erarbeitet worden für die Engpassbeseitigung Muri-Wankdorf; der Tunnel, der stadtauswärts führe und die oberirdische Streckenführung stadteinwärts. Es seien vielleicht nicht alle ganz glücklich gewesen, man habe noch etwas mehr erwartet, aber schlussendlich hätten sich der Kanton, die Region, die Stadt und die Gemeinden auf diese Lösung geeinigt. Man sei dann davon ausgegangen, dass dies in den nächsten "Finanzierungskuchen" und dereinst zur Ausführung gelangen werde. Nun habe aber festgestellt werden müssen, dass in der Vernehmlassung des Bundesrats das ganze Projekt aus dem Modul II ins Modul III verschoben worden sei. Jetzt könne man entweder nichts machen und sagen, das sei halt Schicksal, oder man könne sich überlegen, was unternommen werden könnte, um diese Rückstufung allenfalls wieder umzudrehen. Um die Debatten in den eidgenössischen Räten beeinflussen zu können, müsse möglichst rasch mit der Überzeugungsarbeit angefangen werden. Der Abschluss der Vernehmlassung sei bereits Mitte August und das Bundesparlament werde den Bundesbeschluss voraussichtlich bereits im Frühling 2014 fällen. Das Ziel dieser dringlichen Motion sei eigentlich – etwas jovial gesagt –, dem Gemeinderat den Gang einzulegen. Dies sei aber nicht nötig, der Gemeinderat sei bereits sehr aktiv geworden. Der viel wichtigere Grund sei auch, dass die Bevölkerung und weitere Interessierte spüren würden, dass auch das Parlament voll und ganz unzufrieden sei mit dieser

Rückstufung und wolle, dass umgehend alle Hebel in Bewegung gesetzt würden, um diese Rückstufung umzudrehen. Der Gemeinderat sei wie gesagt schon sehr aktiv geworden und habe am 21. Mai 2013 Vertreter aller Parteien eingeladen zu einem Ideenaustausch darüber, was alles unternommen werden könnte. Hans-Rudolf Saxer als Vertreter der Regionalkonferenz Bern-Mittelland habe daran teilgenommen und man habe als Parteivertreter zur Kenntnis genommen, dass der Kanton bereits einen Vernehmlassungsentwurf formuliert habe. Man sei eingeladen worden, dazu Stellung zu nehmen. Die Gemeinde und viele andere würden Stellungnahmen einreichen und man wolle dafür sorgen, dass das ASTRA möglichst viel Post erhalte.

Im kleinen Kreis sei auch festgelegt worden, dass man möglicherweise eine Petition einreichen könnte. Es mache sich immer gut, wenn vor dem Bundeshaus Körbe voller Unterschriften übergeben werden könnten. Selbstverständlich wäre das kleine Körbchen von Muri nicht ausreichend, da müsste schon der grosse Korb von Bern herangezogen werden. Deshalb sei man daran, mit Bern – der politischen Führung, aber auch auf parlamentarischer Ebene – Kontakte zu knüpfen. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass die Neudefinition der Priorisierung kein Sonntags-spaziergang und das Zustandekommen nicht garantiert sei. Wenn man aber nichts unternehme, passiere ganz sicher gar nichts. In diesem Sinn sei es ein kleiner regionaler Kraftakt, der hoffentlich zu einer Lösung führen werde. Garantiert sei dies nicht, aber man hoffe selbstverständlich, dass man das Ziel erreichen und die Rückstufung umdrehen könne. In diesem Sinn dokumentiere das Parlament – auch dank all der Unterschriften der Ratsmitglieder –, dass es wirklich hinter dieser Sache stehe und Bewegung hinein bringe. Vor der Sitzung sei das ehemals überparteiliche Komitee, welches etwas eingeschlafen sei, reaktiviert worden. Aus allen Parteien seien Vertreterinnen und Vertreter involviert. Man schaue, dass etwas gehe und auch der parlamentarische Apparat in Bewegung komme. Dies zur Begründung der Dringlichkeit.

Der Vorsitzende erklärt, im Interesse der künftigen Ratsdisziplin halte er fest, dass die fraktionsübergreifende Motion tatsächlich fast – oder vielleicht sogar ganz – flächendeckend unterschrieben worden sei und er Hannes Treier deshalb deutlich mehr Redezeit zugebilligt habe. So einfach wäre es dann in Zukunft bei einer Dringlicherklärung einer umstrittenen Motion nicht, sich einlässlich zum Thema zu äussern.

Thomas Hanke führt aus, er kompensiere die Zeitüberschreitung von Hannes Treier. Es "jufle" und der Gemeinderat wolle, dass die Motion dringlich erklärt werde, soweit er einen solchen Wunsch äussern könne.

Das Wort wird zur Frage der Dringlicherklärung nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Hannes Treier noch von Thomas Hanke verlangt.

#### Beschluss (einstimmig)

Die fraktionsübergreifende Motion: Überregionales Einstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern-Wankdorf – Muri wird dringlich erklärt.

Der Vorsitzende führt aus, nachdem der Dringlichkeit zugestimmt worden sei, schreite man nun direkt zur Behandlung.

Thomas Hanke erklärt, wie Hannes Treier gesagt habe, brauche es einen regionalen Kraftakt. Ein regionaler Kraftakt bedinge den Einbezug des Parlaments, der Bevölkerung und der Gemeinderatsmitglieder, damit man mehr erreichen könne, als mit einem Einzelvorgehen. Die Motion werde daher seitens des Gemeinderats begrüsst.

Ruth Raaflaub (FDP) führt aus, es sei wichtig, dass wirklich alle am gleichen Strick ziehen würden und nicht irgendjemand sage: "Eigentlich sind wir schon ein wenig dafür, aber trotzdem nicht ganz, wir hätten ein anderes Projekt priorisiert". Sie möchte allen ans Herz legen, mit dem einverstanden zu sein, was vorliege und dafür besorgt zu sein, dass etwas gehe. Es seien sich alle bewusst, dass ein Tunnel mit allen 6 Spuren unterirdisch eine Luxuslösung gewesen wäre. In den Workshops habe man aber mitbekommen, dass man Kompromisse eingehen müsse und sie denke, dass wenn das Projekt, wie es schlussendlich vorgelegen habe, wieder in die zweite Priorisierung kommen würde, dies alles wäre, was man möchte.

Rolf Friedli (SVP) erklärt, es sei sehr modern, dass man via moderne Medien – Mail, Internet etc. – seine Meinung kundtue. Es wäre vielleicht gut, wenn der Gemeinderat die Bevölkerung dazu aufrufen würde, bei jeder Staumeldung auf der A6 ein Mail an das ASTRA zu schreiben. Vielleicht werde man sich dann dort auch bewusst, wie dringend die Sache wirklich sei.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Hannes Treier noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (34 Ja / 1 Nein)

Die fraktionsübergreifende Motion: Überregionales Entstehen für die Engpassbeseitigung A6: Bern-Wankdorf – Muri wird überwiesen.

## **Mitteilungen**

Der Vorsitzende führt aus, die Einladung zum Parlamentsausflug sei verschickt worden. An- und Abmeldungen seien bitte mittels Talon bis zum 11. Juni 2013 an die Gemeindeschreiberei zu richten. Der Talon liege auch für diejenigen auf, die ihn gerade ausfüllen und abgeben möchten.

Unser Ratsmitglied Matthias Manz habe heute seine letzte Sitzung im Grossen Gemeinderat von Muri erlebt. Er trete auf Ende Monat zurück, da er aus der Gemeinde wegziehe. Dem Vernehmen nach nicht wegen den Steuern, sondern um sich näher an seinem Arbeitsplatz niederzulassen. Matthias Manz habe seit seinem Amtsantritt am 1.1.2009 auch durch seine Rolle als Fraktionsvorsitzender zahlreiche Spuren hinterlassen. Mit ihm verliere der Grosse Gemeinderat eines seiner sehr aktiven und aufmerksamen Mitglieder. Aus der Optik des Ratsbetriebs werde er jedenfalls eine Lücke hinterlassen und es würden alle gefordert sein, diese zu schliessen. Er danke ihm bestens für die Zeit, die er der Gemeinde und der Arbeit im Rat gewidmet habe und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

Matthias Manz bedankt sich für die liebenswürdigen Worte. Er bedanke sich ebenfalls für die Kollegialität in diesem Saal, auch wenn man nicht immer ganz miteinander einverstanden gewesen sei; dies sei nicht so wichtig. Der GGR-Präsident habe ziemlich Gas gegeben und der Gemeindepräsident habe relativ kurze Voten gehalten. Er würde sich deshalb darüber freuen, wenn die einen oder andern Ratsmitglieder noch Zeit für ein Bier im Mattenhof hätten.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

\*\*\*\*\*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Markus Bärtschi

Anni Koch